

Immer mehr Menschen sind arm

Wohlfahrtsverband schlägt Alarm: Situation in Pforzheim könnte sich weiter verschärfen

Von unserem Mitarbeiter Stefan Friedrich



Zahl der Obdachlosen nimmt zu: Laut der Regionalverbundssprecherin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ute Hötzer, gab es noch nie eine so hohe Obdachlosigkeit in der Region wie derzeit. Symbolfoto: Andrew Milligan/PA Wire/dpa

Armut ist in Pforzheim und im Enzkreis weit verbreitet. Mehr als zehn Prozent der Menschen bezogen in der Goldstadt Sozialhilfeleistungen, nahezu doppelt so viele wie in Baden-Württemberg. Das ergab eine Erhebung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zur Situation 2019. Neuere Zahlen liegen aktuell noch nicht vor. Corona und die anstehende Energiekrise im Winter ließen aber darauf

schließen, dass sich die Lage weiter verschlechtert und es zu „massiven Verwerfungen“ kommen werde, wenn der Staat nicht unterstützend eingreift, befürchtet Regionalverbundssprecherin Ute Hötzer. „Viele Menschen können den Gürtel einfach nicht mehr enger schnallen“, sagt sie bei einem Pressegespräch am Dienstag.

„Viele Menschen können den Gürtel einfach nicht mehr enger schnallen.“

Ute Hötzer, Paritätischer Wohlfahrtsverband

Jede sechste Person im Nordschwarzwald lebte demnach 2019 in Armut, das sind umgerechnet etwa 100.000 Menschen. Deutschlandweit zählt der Nordschwarzwald damit zu den zehn Regionen mit den höchsten Zuwachsraten. Ableiten lässt sich das aus der sogenannten Armutsgefährdungsquote, erklärt Christina Rüdenauer von der Regionalgeschäftsstelle Nordschwarzwald. Mit nur zwei Ausnahmen ist die seit 2010 kontinuierlich angestiegen und liegt seit 2017 dauerhaft über dem Landesdurchschnitt. Das positive Wirtschaftswachstum habe also keinerlei Auswirkungen gehabt. „Wir sehen daraus, dass das, was wir mehr reinbekommen, bei einkommensschwachen Familien nicht ankommt und sich die Ungleichheit weiter verschärft“, schlussfolgert Rüdenauer. Ein großes Thema ist dabei die Kinderarmut: In Pforzheim ist davon praktisch jedes fünfte Kind betroffen. Die Quote ist mit 18,1 Prozent fast viermal so hoch wie im Enzkreis, wo 5,2 Prozent der Kinder in Armut leben müssen.

Hinter solchen Zahlen stünden immer auch Schicksale und Geschichten, bei denen man genau hinschauen

müsse, gibt Hötzer zu bedenken. „Wenn Kinder mit ihren Eltern im Bezug nach dem Sozialgesetzbuch II leben, bedeutet das ganz oft, dass sie nur schwierig an Schulausflügen teilnehmen und sich auch nicht die schönen Sachen für den Sportunterricht kaufen können.“ Die Folge: Diese Kinder seien oft Außenseiter und von vielen Freizeitaktivitäten ausgeschlossen. Ähnliches sieht sie im Bereich der Altersarmut. „Unser Rentenniveau ist in den letzten Jahren deutlich abgesunken“, mahnt Hötzer. Einsamkeit sei heute schon ein großes Thema, weil sich viele eine soziale Teilhabe gar nicht mehr leisten können. Der Kino- oder Theaterbesuch sei für sie nicht zu bezahlen, also blieben sie alleine zu Hause in ihren Wohnungen – sofern sie noch eine haben. Denn auch das legt die Analyse des Paritätischen offen: „Wir hatten noch nie eine so hohe Obdachlosigkeit in der Region“, kritisiert Hötzer. „Die zunehmende Obdachlosigkeit ist ein sichtbare Spitze des Eisbergs, wo wir sehen, wie die Armutsentwicklung ist.“

Deshalb warnen sie vor einer weiter steigenden Ungleichheit in der Gesellschaft, „weil wir glauben, dass damit der soziale Frieden in unseren Städten gefährdet wird, und dadurch auch die Demokratie“, sagt Hötzer. Insofern gibt es eine klare Forderung an die Politik: Die Armutsberichterstattung müsse von den Kommunen vor Ort selbst übernommen werden, indem sie regelmäßig Daten erheben und Handlungsempfehlungen an die Politik weiterleiten, was in der Region zu tun ist, um gegenzusteuern. Das gelte besonders im Bereich des Wohnens. „Wohnen muss ein Menschenrecht sein, und da ist ein wahnsinniger Handlungsbedarf“, betont Hötzer.

Umso mehr bedauert sie, dass sich der Pforzheimer Gemeinderat bereits gegen eine Sozialquote im Wohnungsbau ausgesprochen hat, nach der 20 Prozent der Neubauten als sozialer Wohnraum genutzt werden sollten.

Dass sich das Problem aktuell verschärft, lasse sich mit konkreten Daten zwar noch nicht unterfüttern, aber in der täglichen Arbeit spüre man das bereits, mahnt Hötzer. Als problematisch erachtet sie, dass Menschen mit niedrigen Einkommen die höheren Heizkosten selbst zu tragen haben, während diese in der Grundsicherung vom Staat übernommen werden. Auch arbeitende Menschen werden deshalb wohl in die Grundsicherung fallen müssen.